

Vielleicht lohnt es sich aber gar noch nicht, hier darüber zu streiten, denn jene Leute, die den Haushalt sanieren wollen, möchten ja die direkte Bundessteuer abschaffen. Erstaunlicherweise, wohl weil wir so wenig zu tun haben, hat uns die ständerliche Kommission beauftragt, wenigstens einen Vorschlag zu machen, bei dem man auf 25 bis 30 Prozent verzichtet, weil das unser erstes Anliegen ist. Wenn man aber den Wirtschaftsstandort Schweiz wirklich verteidigen will, muss man den Haushalt sanieren, sonst haben wir steigende Zinsen – das ist ein Nachteil für die gesamte Volkswirtschaft, nicht nur für die Wirtschaft.

In bezug auf das Jahr 1996 muss ich Ihnen sagen, dass es davon abhängt, ob wir die Leute haben. Zudem – das ist viel entscheidender – muss diese Korrektur, die Sie mit den Motionen wünschen, mit den Kantonen abgesprochen werden. Es braucht dann auch eine Änderung des Bundesgesetzes über die Harmonisierung der direkten Steuern der Kantone und Gemeinden, und die Kantone müssen einverstanden sein. Die Kantone haben hier einige Schwierigkeiten, weil sie daran sind, ihre Gesetze an das Harmonisierungsgesetz anzupassen. An uns soll es also nicht liegen, Herr Raggenbass. Wir respektieren aber auch die Kantone. Wir müssen sie respektieren, sonst haben wir keine Chance, ein solches Projekt erfolgreich zu verwirklichen.

#### Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Minderheit	74 Stimmen
Für den Antrag der Mehrheit	72 Stimmen

**Hess Peter (C, ZG),** Berichterstatter: Gestatten Sie mir doch noch einen Satz zur eben vorgenommenen Abstimmung. Sie haben jetzt mit dem Ständerat Nichteintreten beschlossen. Ich muss Ihnen aber, Herr Bundesrat, doch eines zu bedenken geben. Es ist einfach nicht akzeptabel, dass Sie immer wieder die gerechtfertigten und für die Bundeskasse nicht negativen Anträge im Bereiche der Unternehmensbesteuerung mit anderen, vielleicht etwas ausufernden Anträgen (z. B. Abschaffung der direkten Bundessteuer), die zu Lasten der Bundeskasse gehen, in einen Topf werfen.

Mit meiner Motion, die der Rat überwiesen hat, habe ich Ihnen seinerzeit Änderungen im Bereich der Holdingbesteuerung und der grenzüberschreitenden Verlustverrechnung beantragt – Änderungen, die unbestritten sind, die unbedingt notwendig sind, wenn wir endlich die Nachteile gegenüber dem übrigen Europa beseitigen und damit das Steuersubstrat noch hier behalten wollen, was ja der Bundeskasse nur mehr einbringt.

Ich finde es seltsam, dass Sie immer wieder zum Ausdruck bringen, mangels Etatstellen usw. könne man hier nichts tun. Ich habe den Eindruck, dass das für Sie offenbar kein prioritäres Anliegen ist. Wir müssen wohl warten, bis alles weg ist, bis Sie dann im nachhinein reagieren. Aber schliessen wir dieses Kapitel; wir werden noch genügend Gelegenheiten haben, immer wieder darauf zu pochen, und vielleicht bringt dann die Zeit hier doch etwas Fortschritte.

### I. Bundesgesetz über die Tabakbesteuerung I. Loi fédérale sur l'imposition du tabac

#### Art. 11 Abs. 2 Bst. b; Schlussbestimmung

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

#### Art. 11 al. 2 let. b; Disposition finale

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

**Hess Peter (C, ZG),** Berichterstatter: Zur Tabakbesteuerung: Hier haben wir wieder keine materiellen Differenzen. Der Grundsatz einer Steuererhöhung im Umfang von 75 Millionen Franken ist in beiden Räten unbestritten.

Allerdings ist die Gesetzesvorlage nicht ganz sauber ausgearbeitet worden. Wir haben in beiden Räten beschlossen, das Besteuerungssystem für Tabakfabrikate sei zu ändern. Es

wurde aber vergessen, beim hier noch vorliegenden Artikel 11 Absatz 2 Litera b die Änderung vorzunehmen, nämlich in dem Sinne, dass sich die Steuererhöhung um 50 Prozent nicht auf die heute gültigen Steuersätze beziehen soll, sondern auf die mit dieser Gesetzesvorlage geänderten, also in Kraft tretenden Steuersätze. Materiell bringt das keine Änderung gegenüber den unbestrittenen Beschlüssen in beiden Räten. Es ist lediglich eine redaktionell konsequente Anpassung. Ich bitte Sie im Namen der einstimmigen Finanzkommission, dieser Änderung zuzustimmen.

Angenommen – Adopté

An den Ständerat – Au Conseil des Etats

95.3002

### Motion FK-NR (94.073)

#### Anschlussprogramm zur Beseitigung des strukturellen Defizites

#### Motion Cdf-CN (94.073) Programme complémentaire d'assainissement destiné à éliminer le déficit structurel

#### Wortlaut der Motion vom 18. Januar 1995

Der Bundesrat wird ersucht, aufgrund der ungenügenden Massnahmen im Rahmen des Sanierungsprogrammes 1994 eine weitere Vorlage zur Bremsung des Ausgabenwachstums auszuarbeiten.

Das mittelfristige Ausgabenwachstum ist so zu beschränken, dass das strukturelle Defizit bis zum Ende der Planungsperiode 1996–1998 beseitigt und die Finanzrechnung ausgeglichen ist. Das Schwergewicht der Einsparungen ist dabei auf strukturelle Reformen zu legen. In erster Linie ist das Wachstum der laufenden Ausgaben zu vermindern. Insbesondere sind die Verwaltungsorganisation sowie die Normen und Standards zu vereinfachen. Die Budgetierungspraxis und der Finanzausgleich sind umzugestalten (zielorientierte Globalbudgets, Konzentration auf den direkten Finanzausgleich) und Teilprivatisierungen vorzusehen.

Die für die notwendigen Ausgabenkürzungen erforderlichen Änderungen von Bundesgesetzen oder Bundesbeschlüssen sind auf die Herbstsession 1996 hin vorzugsweise als Dauerrecht vorzuschlagen.

#### Texte de la motion du 18 janvier 1995

Compte tenu des mesures insuffisantes prises dans le programme d'assainissement 1994, le Conseil fédéral est invité à élaborer un projet supplémentaire pour freiner la croissance des dépenses.

La croissance à moyen terme des dépenses doit être limitée d'une telle manière que le déficit structurel puisse être éliminé d'ici à la fin de la période de planification 1996–1998, et que le compte financier soit en équilibre. L'effort d'économie doit porter à cet égard sur des réformes structurelles. Il convient avant tout de réduire la croissance des dépenses courantes, en particulier en simplifiant l'organisation de l'administration, ainsi que les normes et standards. Il faut transformer la pratique en matière de budgétisation et de péréquation financière (budgets globaux ciblés, concentration sur la péréquation financière directe). Enfin, il faut prévoir des privatisations partielles.

Les modifications des lois et arrêtés fédéraux indispensables pour réaliser les réductions nécessaires des dépenses seront proposées pour la session d'automne 1996 et inscrites de préférence dans le droit permanent.

*Schriftliche Begründung*

Die Urheber verzichten auf eine Begründung und wünschen eine schriftliche Antwort.

*Développement par écrit*

Les auteurs renoncent au développement et demandent une réponse écrite.

*Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates*

vom 6. März 1995

Der Bundesrat teilt das Anliegen der Motion, das Schwergewicht bei Einsparungen auf strukturelle Reformen zu legen und insbesondere das Wachstum der laufenden Ausgaben zu vermindern. Die Überprüfung der Normen und Standards im Baubereich läuft bereits, auch die Reform des bundesstaatlichen Finanzausgleichs ist an die Hand genommen worden. Bezüglich der von der Motion geforderten Flexibilisierung in der Budgetierung hat das Eidgenössische Finanzdepartement vom Bundesrat einen Auftrag erhalten, den Handlungsspielraum von Bundesämtern in gewissen Teilbereichen durch eine Anpassung des finanzrechtlichen Rahmens zu erweitern.

Die Stossrichtung der Motion entspricht den finanzpolitischen Zielsetzungen, wie sie der Bundesrat in der Botschaft zu den Sanierungsmassnahmen 1994 dargelegt hat. Der Bundeshaushalt ist auch nach den von den eidgenössischen Räten beschlossenen Sanierungsmassnahmen strukturell überlastet. Dies zeigt sich darin, dass die finanziellen Perspektiven trotz optimistischer Wirtschaftsannahmen nach wie vor düster sind.

Das von der Motion anvisierte Ziel, den strukturellen Defizitsockel ausschliesslich mit ausgabenseitigen Massnahmen zu beseitigen, erachtet der Bundesrat als nicht erreichbar.

Bereits in der Botschaft zu den Sanierungsmassnahmen 1994 hat der Bundesrat dargelegt, dass eine rein ausgabenseitige Sanierung des Bundeshaushalts wenig realistisch ist. Diese Aussage gilt nach wie vor, auch wenn der Nationalrat und die ständerätliche Finanzkommission die im Rahmen der Sanierungsmassnahmen 1994 unterbreiteten Mehreinnahmen abgelehnt haben. Ohne Mehreinnahmen und ohne eine Zweck-erweiterung bei den Treibstoffzöllen ist der Bundeshaushalt innert nützlicher Frist nicht zu sanieren.

*Rapport écrit du Conseil fédéral*

du 6 mars 1994

Le Conseil fédéral partage les préoccupations des motionnaires qui proposent de mettre l'accent sur des économies découlant de réformes structurelles et en particulier de réduire la croissance des dépenses courantes. La révision des normes et standards dans le domaine des constructions est déjà en cours et les travaux relatifs à la réforme de la péréquation financière ont débuté. En ce qui concerne la flexibilisation de l'établissement du budget demandée par les motionnaires, le Conseil fédéral a chargé le Département fédéral des finances d'élargir la marge de manoeuvre des offices fédéraux dans certains secteurs partiels en adaptant le cadre législatif.

Les propositions figurant dans la motion correspondent aux objectifs relatifs à la politique financière, décrits par le Conseil fédéral dans le message sur les mesures d'assainissement 1994. Même à la suite des mesures d'assainissement votées par les Chambres, les finances fédérales continuent de présenter une surcharge d'ordre structurel comme en témoignent les perspectives financières qui demeurent préoccupantes en dépit des prévisions économiques optimistes.

Le Conseil fédéral estime que l'objectif visé par la motion, à savoir éliminer le déficit structurel uniquement par des mesures au niveau des dépenses, ne peut pas être atteint. Il a déjà mentionné dans le message sur les mesures d'assainissement 1994 qu'il n'était pas très réaliste de vouloir assainir les finances fédérales en ne touchant qu'aux dépenses. Cette affirmation reste d'actualité, même si le Conseil national et la Commission des finances du Conseil des Etats ont refusé les recettes supplémentaires proposées par le biais des mesures d'assainissement 1994. Les finances fédérales ne peuvent pas être assainies dans un délai raisonnable sans recettes supplémen-

taires et sans extension de l'affectation des droits d'entrée sur les carburants.

*Schriftliche Erklärung des Bundesrates*

Der Bundesrat beantragt, die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

*Déclaration écrite du Conseil fédéral*

Le Conseil fédéral propose de transformer la motion en postulat.

*Antrag der Kommission**Mehrheit*

Überweisung der Motion

*Minderheit I*

(Leemann, Baumann Ruedi, Bäumlin, Marti Werner, Züger)

.... Vorlage zur Sanierung des Bundeshaushalts auszuarbeiten.

Das strukturelle Defizit ist bis zum Ende der Planungsperiode 1996–1998 zu beseitigen und die Finanzrechnung auszugleichen. Das Schwergewicht ....

*Minderheit II*

(Züger, Bäumlin, Borel François, Leemann, Weder Hansjürg)

Überweisung als Postulat

*Proposition de la commission**Majorité*

Transmettre la motion

*Minorité I*

(Leemann, Baumann Ruedi, Bäumlin, Marti Werner, Züger)

.... pour assainir les finances fédérales.

Le déficit structurel doit être éliminé jusqu'à la fin de la période de planification de 1996 à 1998 et le compte financier équilibré. L'effort ....

*Minorité II*

(Züger, Bäumlin, Borel François, Leemann, Weder Hansjürg)

Transmettre comme postulat

**Hess Peter** (C, ZG), Berichterstatter: Auf der Fahne sehen Sie, dass der Ständerat eine Empfehlung an den Bundesrat überwiesen hat. Wir haben in unserem Rat kein entsprechendes Instrument und können daher zu dieser Empfehlung nicht Stellung nehmen. Der Ständerat hat weiter eine Motion verabschiedet, zu der wir im Moment auch nicht Stellung zu beziehen haben, weil gemäss Ratsreglement zuerst die schriftliche Antwort des Bundesrates abgewartet werden muss. Diese liegt zwar im Prinzip vor, ist aber noch nicht ausgeteilt worden.

Der Ständerat möchte – ich sage das ausdrücklich, weil wir in der Finanzkommission des Nationalrats ein etwas anderes Vorgehen gewählt haben –, dass sofort ein viertes Sanierungsprogramm im bisherigen Stil ausgearbeitet werden soll, angereichert vielleicht auch durch strukturelle Massnahmen.

Die Finanzkommission ist im Gegensatz zum Ständerat der Auffassung, dass nun Schluss sein soll mit solchen Sanierungsübungen traditioneller Art, wo wir also einzelne Gesetzes- oder Subventionsprojekte suchen, die man kürzen oder gänzlich abschaffen kann. Wir möchten, dass wir konzentriert und zielgerichtet strukturelle Massnahmen treffen, damit der Bundeshaushalt auf Dauer saniert werden kann.

In diesem Sinne bringen wir mit dieser Motion eine Unterstützung des Bundesrates zum Ausdruck, denn wie Herr Bundesrat Stich an einer kürzlichen Pressekonferenz bestätigt hat und wie ich bereits bei der Eintretensdebatte im Januar darlegen durfte, sind zurzeit verschiedene Projekte in Bearbeitung. Ich erinnere an die Überprüfung der Verwaltungsorganisation; ich erinnere an die Überprüfung der Normen und Standards im Hoch- und Tiefbau; ich erinnere daran, dass die Kommissionen des Nationalrates und des Ständerates anlässlich des bevorstehenden Seminars die Fragen der Verankerung der Budgetierungspraxis und der Mitsprache bei den Budgetrichtlinien beraten werden; schliesslich wird auch ein Projekt über eine generelle Revision des Finanzausgleichs vorbereitet.

Mit unserer Motion wollen wir den Bundesrat unterstützen, teilweise gegen Widerstände in der Verwaltung. Wir wollen, dass hier echte, nachhaltige Einsparungen erzielt werden können.

Auch wenn der Bundesrat – weil er die Erzielung von Mehreinnahmen im Motionstext vermisst – die Umwandlung in ein Postulat befürwortet, sind wir der Auffassung, dass wir an der Form der Motion und an unserem Motionstext festhalten sollten, der das Primat bei den Ausgabenkürzungen sieht.

Wir haben immer gesagt: Wir sind bereit, über allfällige Mehreinnahmen zu sprechen, wenn in allen hier aufgeführten Bereichen der Tatbeweis des Sparwillens erbracht wird. Der Bundesrat hat nun Gelegenheit, in den angekündigten Berichten – sie sollen per Ende Jahr oder Anfang des nächsten Jahres erscheinen – zum Ausdruck zu bringen, dass er echt sparen will und dass die Verwaltungsstrukturen vereinfacht und schlanker gestaltet werden sollen.

Ich bitte Sie, die Motion zu überweisen. Die Kommission beantragt dies mit 12 zu 5 Stimmen.

**Camponovo Geo (R, TI)**, relatore: Davanti a voi avete una proposta della maggioranza che chiede al Consiglio federale tutta una serie di misure tese a contenere l'aumento delle spese e pertanto ad arrivare all'equilibrio di bilancio. Dall'altra parte avete la posizione della minoranza che chiede di modificare la mozione in modo che possa anche permettere al Consiglio federale di proporre aumenti delle entrate. La medesima minoranza è quindi d'accordo con il Consiglio federale e chiede la trasformazione della mozione in postulato. La trasformazione darebbe ragione al Consiglio federale che sostiene che un risanamento delle finanze federali non è possibile – lo ha già detto e ripetuto – senza aumenti di entrate.

Siamo pertanto di fronte a un confronto tra forze borghesi che pretendono di riordinare le finanze unicamente cercando il contenimento dell'aumento della spesa, e la sinistra, rispettivamente Consiglio federale, che desiderano mettere in chiaro che il risanamento delle finanze non è possibile soltanto incidendo sulle spese.

Questa è la decisione fondamentale che si deve assumere, nella speranza che alle parole della mozione poi seguano i fatti della medesima maggioranza che la sostiene a parole.

**Leemann Ursula (S, ZH)**, Sprecherin der Minderheit I: Die Motion der Finanzkommission ist in der vorliegenden Fassung der Mehrheit für die SP-Fraktion nicht akzeptabel.

Zunächst eine grundsätzliche Bemerkung: Beide Räte haben nun das dritte Sanierungspaket zerzaust; abgesehen von den linearen Kürzungen sind nur wenige wirklich substantielle Sparmassnahmen übriggeblieben. Von den massiven Sparforderungen der bürgerlichen Seite, die das Vorfeld der Sanierungsdebatte beherrschten, ist nichts mehr in Erscheinung getreten, obwohl Sie alle Gelegenheit gehabt hätten, Ihre Anträge einzubringen. Eine Motion als Ergebnis all dieser Rhetorik ist im Grunde genommen ein beschämend schwaches Resultat für diesen Rat.

Die Motion der Finanzkommission hat insofern auch für uns positive Seiten, als sie auf unmöglich kurze Fristen verzichtet und das Schwergewicht auf die strukturellen Reformen legt. Auch unsere Seite hält strukturelle Reformen für notwendig, zum Teil für dringend notwendig; es gibt sicher auch Bereiche, wo sich für alle Seiten akzeptable Lösungen finden lassen werden. Ich nenne als Stichworte den Finanzausgleich oder Pauschalabgeltungen, die den Verwaltungsaufwand reduzieren und Kantone und Gemeinden vielleicht eher zu einem etwas sparsamerem Verhalten anspornen. Aber die Frage bleibt, ob innert nützlicher Frist Ausgabenkürzungen in der erforderlichen Höhe – es geht um Milliardenbeträge – zu erzielen sind. In dieser Hinsicht hat uns die Mehrheit der Finanzkommission ihren Optimismus in keiner Art und Weise begründet.

Um den Schritt der Prioritätensetzung kommen wir auch bei den strukturellen Reformen nicht herum; es wird auch hier immer wieder Betroffene geben, die sich mit allen Mitteln zur Wehr setzen werden. Das wird z. B. auf der Seite des Gewerbes und der Industrie der Fall sein, wenn es um Bauten oder um das Beschaffungswesen gehen wird, aber auch auf der Seite der Linken, der Gewerkschaften, wenn es um Privatisierungen mit ihren negativen Folgen für das Personal oder für die Konsumenten und Konsumentinnen gehen wird.

Nicht nur wir sind zu der Überzeugung gelangt, dass der Weg, den die Mehrheit der FK einschlagen will, nicht innert nützlicher Frist zum gewünschten Ziel führen kann. Auch der Bundesrat hat in seiner Stellungnahme zu dieser Motion klar betont, dass er eine Sanierung ohne Mehreinnahmen für nicht durchführbar hält. Es wäre wirklich an der Zeit, eine Forderung aufzugeben, die nicht erfüllt werden kann, auf der anderen Seite aber kostbare Zeit kosten wird – Zeit, in der die Staatsverschuldung weiter anwachsen wird, wodurch die Probleme immer grösser werden.

Unsere Fraktion bittet Sie, entweder der Minderheit II, die den Vorstoss als Postulat überweisen will, oder aber der Minderheit I zuzustimmen, wenn Sie bei der Motionsform bleiben wollen. Der Text, den Ihnen die Minderheit I beantragt, ist offener. Er verzichtet auf die Nennung von Mehr- oder Minderausgaben und lässt damit dem Bundesrat den notwendigen Spielraum. Er verbaut also nicht etwas, was – wenn wir realistisch sein wollen – absehbar die einzige Möglichkeit ist, nämlich der Weg über die Kombination von Sparmassnahmen und Mehreinnahmen.

Ich bitte Sie, der Minderheit I zuzustimmen und den Text so abzuändern, dass er den Weg zu den unbedingt notwendigen Mehreinnahmen nicht verbaut.

**Züger Arthur (S, SZ)**, Sprecher der Minderheit II: Diese Motion verlangt eine weitere Vorlage «aufgrund der ungenügenden Massnahmen im Rahmen des Sanierungsprogrammes 1994». Da muss ich wirklich staunen! Wenn tatsächlich etwas ungenügend ist oder war, dann ist es das, was wir aus diesem Sanierungsprogramm gemacht haben.

Haben Sie sich schon einmal überlegt und gefragt: Warum haben wir die Sanierungsprogramme I und II und auch das Budget 1995 relativ gut über die Bühne gebracht, im Gegensatz zu diesem Sanierungsprogramm III, das zum Reinfluss wurde? Bei allen Vorläufern hatte die Finanzkommission ein Konzept, das auch im Plenum Unterstützung fand, nämlich die Sanierung der Bundesfinanzen mittels Einsparungen und benötigten Mehreinnahmen. Dieses Mal ist dieser bewährte Weg etwas gar vorlaut verlassen worden. Das Resultat ist kläglich.

Was verlangt diese Motion? Einseitige Ausgabenkürzungen, also genau den gleichen Weg, der uns hier und heute in dieses finanzpolitische Jammertal geführt hat! Die nächste Pleite ist vorprogrammiert! Eigentlich müsste man aus diesen Gründen diese Motion zurück ablehnen. Wenn wir es nicht tun, ist es nur deswegen, weil das angestrebte Motionsziel an und für sich richtig ist.

Also bitte ich Sie, die Motion als Postulat zu überweisen. Damit erhält der Bundesrat die Möglichkeit, den richtigen Weg zum allseits erwünschten Ziel zu suchen und zu finden. Selbstverständlich ist unser Antrag hinfällig, wenn der Antrag der Minderheit I obsiegen sollte.

**Le président:** J'aimerais vous faire observer qu'en l'occurrence, la commission, avec les propositions qui sont faites là, n'a pas du tout respecté le règlement.

Tout d'abord, on tire, de l'article 37 alinéa 1er du règlement du Conseil national, qu'il n'est pas possible d'amender une motion une fois qu'elle a été déposée. Normalement, la minorité I (Leemann) devrait présenter un texte complet et non un amendement.

Ensuite, de l'article 38 alinéa 3, on doit inférer que si les motionnaires maintiennent la motion en tant que telle il n'est pas possible de la transformer en postulat. Par conséquent, la minorité II (Züger) ne peut pas présenter une telle proposition. Voilà les deux contradictions qui figurent sur le dépliant, parce que la commission n'a pas du tout suivi le règlement du Conseil national. Je vous propose, néanmoins, pour des raisons pratiques, de voter sur les propositions. Mais c'est la première et la dernière fois que nous faisons une telle entorse au règlement.

**Bührer Gerold (R, SH):** Ich äussere mich zur Motion der Mehrheit der Finanzkommission, die ja reglementskonform ist, und nicht zu den Abänderungs- oder Minderheitsanträgen. Ich möchte Ihnen beliebt machen, dieser Kommissionmotion zu-

zustimmen. Helfen Sie dann aber auch mit, wenn es um die Umsetzung dieser Ziele geht. Heute nur deklamatorisch diese Motion zu verabschieden – da stimme ich mit dem Finanzminister überein –, das bringt uns nicht ans Ziel.

In den letzten Wochen ist ein munteres Schwarzpeterspiel betrieben worden, wer jetzt in bezug auf das Sanierungsprogramm III mehr gesündigt habe. Ich möchte hier nicht weiter gross in Wahrheitsforschung machen, glaube aber, die Wahrheit liege in der Mitte, dass nämlich Bundesrat und Parlament zweifellos nicht gegläntzt haben. Das ist nun einmal eine Tatsache, die wir nicht rückgängig machen können.

Es ist aber auch eine Tatsache, dass wir das strukturelle Defizit aus politischen, finanzpolitischen und wirtschaftlichen Überlegungen beseitigen müssen. Die Ziele der Motion, wie sie die Kommissionsmehrheit überweisen will, sind ja eigentlich identisch mit dem, was der Finanzminister an seiner Pressekonferenz geäussert hat, und auch identisch mit anderen bundesrätlichen Äusserungen. Der Unterschied liegt lediglich in einem Punkt, und zwar darin, dass wir die Schleusen für Mehreinnahmen nicht öffnen wollen. Das ist die einzige Differenz.

Hier sind wir konsequent. Wir haben nicht gesagt, dass wir nie über Mehreinnahmen sprechen wollen, aber alles ist eine Frage der Zeit. Wir können dann darüber sprechen – wir haben das anlässlich der Debatte über das Sanierungsprogramm III mehrfach gesagt –, wenn Bundesrat und Parlament den Sparbeweis, und zwar den strukturellen Sparbeweis, erbracht haben. Den haben wir alle miteinander noch nicht erbracht.

Was zweitens die Spezialfinanzierung der SBB anbelangt: Da hat der Bundesrat jetzt glücklicherweise zugestimmt, dass wir über Mehreinnahmen sprechen, sobald wir eine gesamte und nicht eine bruchstückhafte Finanzierungskonzeption auf dem Tisch haben, um nicht das Volk alle Jahre «salamischeibchenweise» wieder um Mehreinnahmen bitten zu müssen.

Die Punkte der Kommissionsmotion – nämlich Vereinfachung von Normen und Standards, Änderung der Budgetierungspraxis, Anpassung des Finanzausgleichs, neue Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen, vermehrtes Outsourcing bei Dienstleistungen – sind alles Ziele, zu denen auch die Landesregierung ja sagen kann, ja sagen muss.

Stimmen Sie mit der Kommissionsmehrheit dieser Motion zu, stimmen Sie dann aber auch in den folgenden Jahren den einzelnen Anträgen, die da und dort schmerzen werden, zu. Nur so können wir mittelfristig wieder finanzpolitische Glaubwürdigkeit zurückerlangen.

**Le président:** Les groupes démocrate-chrétien et de l'Union démocratique du centre communiquent qu'ils soutiendront la majorité de la commission. Le groupe AdI/PEP soutiendra la minorité de la commission.

**Stich Otto, Bundesrat:** Sie können es dem Bundesrat wohl nicht verargen, wenn er nicht bereit ist, eine Motion von Ihnen entgegenzunehmen, die schlicht und einfach Einsparungen verlangt. Wenn man das tun wollte, müsste auch der Wille des Parlamentes dasein, dem Bundesrat bei seinen Sparanträgen, die nicht spektakulär sind, aber immerhin auf Zeit strukturelle Verbesserungen bringen, zu folgen. So hat man den Eindruck, dass es einfach ist, Sparanträge und Mehreinnahmen abzulehnen und dann vornehm eine neue Motion zu machen. Der Bundesrat ist nach wie vor der Überzeugung, dass es nicht möglich sein wird, Defizite, die bis 1998 in der Höhe von 6 bis 8 Milliarden Franken anstehen, durch Kürzungen zu beseitigen. Sie können sich das selber ausrechnen: Ein Defizit von 6 Milliarden Franken und 5 Prozent Zins – der Zins ist allerdings höher –, das sind jedes Jahr 300 Millionen Franken Mehrausgaben. Das gibt vielen Leuten wieder die Möglichkeit zu sagen, dass der Bund nicht sparen könne, dass man die Ausgaben plafonieren solle. Mit solchen Defiziten können Sie die Ausgaben nicht plafonieren, sondern Sie produzieren ein grösseres Defizit.

Langsam wird sogar die Frage, was strukturelles und was konjunkturelles Defizit ist, relativ überflüssig. Wirtschaftlich geht es besser, deshalb müssen wir annehmen, dass wir den grössten Teil als strukturelles Defizit auffassen müssen.

Zugegeben, wir wissen heute noch nicht, wieviel Mehreinnahmen die Mehrwertsteuer bringt, das können wir nicht schätzen. Ende dieses Jahres können wir es dann vielleicht etwas besser beurteilen. Ganz sicher ist, dass wir mit Sparmassnahmen allein den Haushalt nicht sanieren können; es braucht auch zusätzliche Einnahmen. Deshalb ist es intellektuell unredlich, eine Motion zu machen, die den Bundesrat wieder beauftragt, Sparmassnahmen vorzutragen.

Wir haben, wie wir Ihnen dargelegt haben, die Standards beim Wohnungsbau überprüft, dort kann man etwas tun. Wir hoffen, dass wir auch zum Tiefbau bis Ende des Jahres noch gewisse Vorschläge erhalten. Wunder sollte man davon aber keine erwarten.

Wir werden in diesem Jahr auch die Subventionen überprüfen. Aber machen Sie sich keine Illusionen: Für jede einzelne Subvention wird hier im Saal wieder so harthäckig gekämpft, wie Sie das bis jetzt und heute gemacht haben.

Wenn wir die Motion Ihrer Kommission nicht akzeptieren können, ist das vor allem auch des Termins, Ende 1996, wegen. Der Finanzausgleich, d. h. mit und zwischen den Kantonen Lösungen zu finden, ist eine derart schwierige, komplexe politische Aufgabe, dass es eine Illusion ist anzunehmen, das in eineinhalb Jahren machen zu können; das ist beim besten Willen nicht möglich. Deshalb sollten Sie nicht jetzt, um Ihr Gewissen zu beruhigen, solche Aufträge erteilen.

Von mir aus gesehen sollten Sie hier der Minderheit I zustimmen, also der Forderung nach einer Vorlage zur Sanierung des Haushaltes, in der mindestens auch Mehreinnahmen enthalten sein können, sonst hat der Vorstoss kaum einen Sinn. Sie sollten auch der Minderheit II zustimmen und, das ist zugleich die Meinung des Bundesrates, diese Motion in jedem Fall in ein Postulat umwandeln.

Sie können die Motion natürlich auch ablehnen, das ist uns auch egal und käme fast auf das gleiche heraus, denn der Bundesrat ist überzeugt, dass wir den Haushalt sanieren müssen, ob Sie Postulate oder Motionen überweisen oder nicht.

#### Abstimmung – Vote

##### Eventuell – A titre préliminaire

Für den Antrag der Mehrheit	104 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit I	45 Stimmen

##### Definitiv – Définitivement

Für den Antrag der Mehrheit	98 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit II	51 Stimmen

95.3003

**Motion FK-NR (94.073)**  
**(Minderheit Borel François)**  
**Nationalstrassenbau.**  
**Priorität der Verbindungen zwischen**  
**den verschiedenen Sprachregionen**  
**Motion CdF-CN (94.073)**  
**(minorité Borel François)**  
**Construction des routes nationales.**  
**Priorité aux liaisons entre**  
**les différentes régions linguistiques**

#### Wortlaut der Motion vom 18. Januar 1995

Unter Einhaltung der im Voranschlag 1995 und im Finanzplan bewilligten Kreditbeträge ist bei den Investitionen im Bereich der Nationalstrassen so zu verfahren, dass die Mittel priorität für die Fertigstellung der Verbindungen zwischen den verschiedenen Sprachregionen eingesetzt werden.

## **Motion FK-NR (94.073) Anschlussprogramm zur Beseitigung des strukturellen Defizites**

## **Motion CdF-CN (94.073) Programme complémentaire d'assainissement destiné à éliminer le déficit structurel**

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1995
Année	
Anno	
Band	II
Volume	
Volume	
Session	Frühjahrssession
Session	Session de printemps
Sessione	Sessione primaverile
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	07
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	95.3002
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	14.03.1995 - 08:00
Date	
Data	
Seite	590-593
Page	
Pagina	
Ref. No	20 025 410

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.